

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

Verantwortlich: Die Redaktionsleitung. Druck: Die Druckerei des Auer Tageblattes, am Hauptplatz Nr. 10. Preis: 1 Mark pro Quartal, 3 Mark pro Halbjahr, 10 Mark pro Jahr.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 203

Dienstag, den 30. August 1932

27. Jahrgang

Großpläne der Reichsregierung

Hochbedeutende Rede des Reichskanzlers von Papen

Reichskanzler von Papen hielt gestern auf der Tagung der westfälischen Bauernvereine eine Rede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Er führte aus:

Meine sehr verehrten Damen und Herren und, ich darf wohl sagen, meine lieben westfälischen Freunde!

Sie haben mich hierher gerufen als ein altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins und zugleich als den Leiter der deutschen Reichsregierung, die auf dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten beruht. Die Worte, die ich hier an meine alten Freunde und Berufsgenossen richte, gelten zugleich dem ganzen deutschen Volke.

Sie haben mich hierher berufen, weil Sie wissen, daß wir miteinander in den Tiefen der Bestimmung verbunden sind, und aus dieser Bestimmung heraus habe ich das Amt des Reichskanzlers angenommen und geführt.

Die Aufgaben der Regierung, die zu selten ich die Ehre habe, beschränken sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Eingelassenheit. Wir wollen den Grund legen für einen Neubau des deutschen Staates. Deshalb lassen Sie mich, bevor ich auf die einzelnen Aufgaben der Gegenwart eingehen, einige Worte über die

Grundzüge einer neuen Staatsführung

sagen. Sie, die westfälischen Bauern, und ich, wir sind keine Revolutionäre und wir sind nicht reaktionär. Wir fassen uns innerlich gebunden an Scholle und an Heimat. Wir wissen, daß der Mensch die letzten Dinge dieser Welt nicht der eigenen intellektuellen Entscheidung unterwerfen kann und darf. Wir erkennen vielmehr an, daß wir dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung sind. Das nenne ich konservative Gesinnung. Eine solche Gesinnung, meine Freunde, beruht im Glauben an Gott.

Die Pflege christlicher Erziehung

in Familie und Schule muß deshalb am Anfang einer jeden Staatspolitik stehen, denn aus ihr entwickelt sich das Verantwortungsbewußtsein des einzelnen gegenüber der Gesamtheit.

Der konservative Mensch unterwirft sich gläubig den bleibenden Ordnungen des natürlichen Seins, wie sie in Familie, im Volk und im Staate gegeben sind. Kultur und Wirtschaft stehen für ihn gleichermaßen unter dem ewigen Befehle der Verpflichtung des einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Eigentum verpflichtet ihn ebenso zum Dienst an der Gesamtheit des Volkes wie ein Amt des öffentlichen Lebens. Wirtschaften, sei es in privater, sei es in öffentlicher Verantwortung, soll deshalb nicht dem Eigennutz, sondern dem Gemeinnutz dienen. Konservative Gesinnung, meine Freunde, fordert eine

Staatsgewalt, die auf Autorität begründet

ist. Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann und alle Ordnungen der Gesellschaften, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft an ihr einen festen Halt finden können. Sie darf kein Spielball sein für die Kämpfe der Gesellschaft weder für Parteien, noch für Einzelgruppen, und jeder Schritt, meine Freunde, den wir an der Erlangung einer wahrhaft unabhängigen, dem Dienste des ganzen Volkes gewidmeten Staatsführung tun können, ist eine Erfüllung des Ideals einer Staatsführung, die auf Autorität und auf Gerechtigkeit beruht.

Diese Grundzüge christlich-konservativer Gesinnung, die zugleich die Grundzüge unseres Staatswesens sind und sein müssen, müssen klarer herausgestellt werden, weil sie heute aufs schärfste bedroht sind.

Den Urteilen in Orlau und Weizßen

ist von Rechts und Links ein Sturm gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechts gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampf soll Totschlag und Rache erlaubt, der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher

Verwilderung der politischen Moral

entgegengutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Ich, meine Freunde, kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist.

Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von Nationalsozialisten ausgesprochen wird.

Denn sie schlägt jeder deutschen und christlichen Rechtsauf-

fassung ins Gesicht. Ich bekenne mich zu dem Glauben an alte Rechtsformen, aus denen auch der alte preussische Grundgesetz geformt ist: Jedem das Seine. Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Gesetze einordnet.

Die Bängellosigkeit, die aus dem Ruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf Staatsführung. Ich gehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, als die Deutschen und alle übrigen Volksgenossen als Freiwillige zu behandeln.

Wenn ich heute

gegen Hitler und für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Autoritätsstaatsführung eintrete, so verfolge ich, und nicht er, das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen die Parteilichkeit, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heiligem Herzen herbeigesehnt haben.

Diese Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historisches Verdienst um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur positiven Mitarbeit am Neubau des Reiches freizumachen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in benutzten schroffem Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur und ausschließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Soll der Hader deutschen Blutes, der uns in entscheidenden Stunden der Geschichte schon so oft um den Aufstieg und die Sammlung der Nation betrogen hat, auch heute stärker sein als unser Wille zu einer gemeinsamen nationalen Sammlung? Wenn man die Stimmen hört, meine Freunde, die anlässlich der Urteile in Orlau und Weizßen sich erhoben, müßte man es fast glauben. Ich greife der Entscheidung über das Schicksal der fünf zum Tode Verurteilten nicht vor. Die preussische Staatsregierung wird sie unbeeinträchtigt von politischen Unwägen nach den Grundgesetzen der Gerechtigkeit treffen. Aber ich sage zugleich, die Anerkennung des gleichen Rechts, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen. Ich bin fest entschlossen,

die schwebende Waage des Bürgerkrieges auszutreten

und den Zustand politischer Unruhe und politischer Gewalttaten zu beenden, der heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit ist, in der die eigentliche Aufgabe der Reichsregierung beruht.

Dann komme ich, verehrte Freunde, zu den praktischen Tagesfragen, welche die ungeheure Not des Vaterlandes stellt, die Not, die auch der deutsche Bauernstand zu allererst so hart empfindet. Selbstverständlich wird die Regierung der Landwirtschaft, die der Boden ist, aus dem die Nation immer erneut sich moralisch und wirtschaftlich verjüngen muß, mit allen Kräften helfen. Ja, ich darf sagen, sie hat vom ersten Tage an ihre Politik nur auf dieses Ziel gerichtet. Aber die Erfahrungen langer Jahre haben uns gezeigt, daß

einseitige Hilfe wenig nützt.

Um auf einige Ausführungen des Vorredners zurückzugreifen:

Die Landwirtschaft, meine Freunde, läßt sich nicht allein von der Zollseite her beleben. Ihre Fragen sind nicht zu lösen nur und ausschließlich von der Seite der Einnahmen oder der Ausgaben. Ihr Schicksal ist vielmehr mit dem der deutschen Gesamtwirtschaft untrennbar verbunden, und nur von einer Belebung unserer gesamten Wirtschaft her kann eine dauernde und wirkungsvolle Belebung der Landwirtschaft kommen. Als Gesamtkörper hebt sich die deutsche Wirtschaft von der Weltwirtschaft ab. Die Reichsregierung hat es schon so oft ausgesprochen, daß die

verständnisvolle Förderung des Binnenmarktes

die erste Voraussetzung für die Befundung der Wirtschaft bedeutet. Sie lehnt den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie deshalb ab, weil Deutschland nicht auf seine Weltwirtschaftsbeziehungen verzichten kann und weil es jede Arbeitsgelegenheit ausnützen muß, die ihm der Auslandsmarkt auch heute noch bietet. Aber die Grundlagen der Ernährung müssen im Binnenlande sichergestellt werden, und sie beruhen eben nur auf der Herstellung der Rentabilität. Die Interessen unserer Ausfuhr und unseres Binnenmarktes werden gewiß nur mit Schwierigkeiten in Übereinstimmung zu bringen sein. Ich kann

aber versichern, daß sich die Reichsregierung grundsätzlich zu der Notwendigkeit einer

weiteren maßvollen Regelung der Einfuhr

bekennt und daß sie dahingehende Beschlüsse gefaßt hat. Für die Zwangslage, aus der heraus diese Maßnahme ergriffen werden muß, werden Inland und Ausland Verständnis haben, denn es ist ja nicht richtig, daß unsere gegenwärtige Lage allein verursacht worden sei durch eine falsche deutsche Wirtschaftspolitik. In Deutschland ist die Krise, welche die ganze Welt erschütterte, als Folge seiner Kriegsverluste und der ungeheuren Reparationen viel früher ausgebrochen. Hier hat sie viel schwerer gehaust als in einem anderen Lande der Welt, weil neben der Kapitalzerstörung durch die Inflation die plötzliche Entziehung von Milliarden an Devisenkapital Produktion und Konstitution von Grund auf neu erschüttert hat. Es ist selbstverständlich, daß wir jedes Mittel ergreifen müssen, das uns dazu verhilft, diese ungeheure Not zu überwinden. Diese Not, die bei uns aus der Schrumpfung der Wirtschaft, aus der bisher unaufhaltsam fortschreitenden Deflation, das heißt dem Absinken der Preise, hervorgegangen ist, findet ihren furchtbaren Ausdruck in der

Arbeitslosigkeit.

Wenn diese Deflation nicht beendet werden kann, so sind weitere Verluste des Privatunternehmertums und der öffentlichen Wirtschaft nicht aufzuhalten. Wir müssen deshalb den Versuch machen und ihn sofort machen, das Steuer grundsätzlich herumzuwerfen.

Wenn wir jetzt den Grund zu einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft legen wollen, so müssen wir es nach folgenden Grundzügen tun:

Unsere Währung darf nicht gefährdet

werden. Wir wollen auch keine Abwertung der deutschen Mark. Wir wollen keine ausgeklügelten Experimente machen, die, wie der Herr Reichsbankpräsident erst kürzlich sagte, Deutschland zunächst durch eine Geldstrecke führen würden, der weitere Millionen von Menschen zum Opfer fallen. Betreu unseren Grundzügen konservativer Staatsführung nehmen wir die Verhältnisse wie sie heute sind, um durch ein organisches Programm die in unserem Wirtschaftssystem noch lebendigen Kräfte neu zu stärken. Die wesentlichste dieser Kräfte ist die

persönliche private Initiative.

Die Stärkung der persönlichen Energien und die Entwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit, die Steigerung, meine Freunde, des Gefühls der eigenen Verantwortung, das sind die geistigen Mittel, mit denen die Privatwirtschaft auch in Zukunft imstande sein wird, imstande sein muß, die menschlichen Bedürfnisse besser, vielleicht billiger als jedes andere Wirtschaftssystem, das uns empfohlen wird, zu befriedigen.

Aus dieser Ueberzeugung heraus lehnt die Reichsregierung infolgedessen alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. Der privaten Initiative gilt es wieder Vertrauen zur Zukunft einzufößen.

Esien bisher doch jeder Versuch, der Wirtschaft Hilfe zu bringen, unütz, weil jede wirtschaftliche Leistung doch nur aus dem Danaidenschaf der Reparationen geschöpft wurde. Aber heute, meine Freunde, ist der Druck der Reparationen endlich von uns genommen. Ueberall im Auslande, namentlich in Amerika, wie schon der Präsident Hoover kürzlich ausführte, hat das Ergebnis der Konferenz von Lausanne Hoffnung und neues Leben hervorgerufen. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß auch wir uns daran erinnern, daß seit der Konferenz von Lausanne wieder die Früchte unserer Arbeit uns selber zufallen. Damit ist die erste Voraussetzung für die Belebung der wirtschaftlichen Initiative gegeben. Die Reichsregierung wird darüber wachen, daß die persönliche Verantwortung der freien Wirtschaft nicht etwa durch die Vermischung mit staatlichen Wirtschaftsformen vermischt wird. Wo der Staat in den letzten Jahren Anteile an bisher privaten Betrieben übernommen hat, wird er dafür sorgen, daß klare Verhältnisse geschaffen werden und daß der Allgemeinheit hier nicht nur die Lasten, sondern auch die Früchte der Arbeit zufallen. Für diese Unternehmungen wird daher eine besondere staatliche Ueberwachung und Beaufsichtigung zur Wahrung der staatlichen Interessen eingesetzt. Ich habe bereits angekündigt, daß die Geschäftstätigkeit in diesen Betrieben auf das Maß